

Hans-Dieter Ernst

Rede zum Roten 1. Mai in Siegen 2007

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen, im Vorfeld zu dieser Veranstaltung hat es einige Irritationen gegeben. Deshalb erkläre ich, das ich weder im Namen der IGM, noch meiner BR-Kollegen spreche. Ich mache lediglich als Privatperson von meinem Grundrecht auf Rede – und Meinungsfreiheit Gebrauch. Aber ich spreche auch als kritischer Gewerkschafter und demokratischer Sozialist.

Reform (lateinisch) - Umgestaltung, Verbesserung des Bestehenden. So die Definition im Duden. Nie wurde ein positiver Begriff so pervertiert. Immer die gleichen stereotypen Rituale. Es vergeht kaum eine Woche, wo nicht in illustren Talkrunden so genannte Experten diskutieren, wie der Wirtschaftsstandort Deutschland gerettet, bzw. international wettbewerbsfähig gemacht werden kann. Schnell haben sie die Ursachen der vermeintlichen Misere analysiert und die Schuldigen benannt: Die höchsten Löhne und Lohnnebenkosten, zu hohe steuerliche Belastungen für Unternehmen, unnötige Sozialleistungen und Umweltstandards, die jüngsten Rentner, die ältesten Studenten usw.

Jammern auf hohem Niveau ist hierbei Methode. Sie ignorieren, dass die BRD zum wiederholten Mal Exportweltmeister ist, die Produktivität ständig wächst, die Gewinne explodieren und Löhne nicht nur Kostenfaktor, sondern auch für die Binnenwirtschaft nötige Nachfrage sind.

Dann werden die üblichen Allheilmittel angepriesen: Unternehmenssteuern senken, Kündigungsschutz lockern, länger arbeiten für weniger Einkommen, mehr Eigenverantwortung der Versicherten bei Gesundheit und Rente, staatliche Leistungen zurückfahren...

Kurzum, der Reformstau sei aufzulösen. Dabei hat es einen Reformstau nie gegeben, das ist die Basislüge der Neoliberalen.

Spätestens mit Beginn der Kanzlerschaft von Helmut Kohl wurde hierzulande reformiert. Es wurde privatisiert und dereguliert. Arbeitnehmer, Arbeitslose, Rentner und Kranke wurden permanent belastet, die Wirtschaft permanent entlastet. Nach dem Zusammenbruch des so genannten Sozialismus in Osteuropa hat sich das Reformtempo erheblich verschärft. Macht ohne Gegenmacht kennt offensichtlich keine Grenzen. Jetzt werden soziale Errungenschaften, die die Arbeiterbewegung mühsam erkämpft hat zurückgenommen. Wir laufen Gefahr hinter die bismarcksche Sozialgesetzgebung zurückzufallen. Doch die avisierten Erfolge bleiben aus. Der wirtschaftliche Aufschwung, nach zugegebenermaßen schmerzhaften Einschnitten, wird wiederholt vertagt. Wo sind die versprochenen Arbeitsplätze geblieben? Und nach den gescheiterten Reformen bei Arbeitsmarkt, Rente und Gesundheit, die Reform der jeweiligen Reform. Die Neoliberalen sind wie Junkies, wenn die Droge nicht mehr wirkt, wird die Dosis erhöht.

Als Oppositionspartei hat die SPD, noch auf der Seite der Gewerkschaften stehend, diese Reformen zu Recht als Sozialabbau und Umverteilung von unten nach oben kritisiert. Bis 1998 haben Sozialdemokraten, mit ihrer Stimmenmehrheit im Bundesrat, die schlimmsten neoliberalen Reformvorhaben der damaligen Regierung Kohl verhindert (u.a. den Plan die Bezugsdauer von Arbeitslosenhilfe auf 2 Jahre zu

begrenzen). Heute brüsten sie sich mit der Auflösung des Reformstaus. In der rotgrünen Regierung haben Sozialdemokraten, in bisher unbekanntem Ausmaß, die Demontage des Sozialstaats vorangetrieben. Die Schande der SPD hat einen Namen: Hartz IV !!!! Das ist Armut, Demütigung, Zwangsarbeit und Enteignung per Gesetz. Selbst Menschen, die jahrzehntelang ununterbrochen gearbeitet haben und ohne eigene Schuld arbeitslos sind, werden zu Almosenempfängern degradiert.

Die negativen Auswirkungen dieser Politik sind unübersehbar. In einem der reichsten Länder sind noch immer 4,1 Mio Menschen ohne Beschäftigung. Hunderttausende in Minijobs und prekären Arbeitsverhältnissen, die kein ausreichendes Einkommen garantieren. Kinder- und Altersarmut steigen rasant. Gesundheitsvorsorge ist für viele Menschen zum unbezahlbaren Luxusgut geworden, von der Teilhabe an Bildung und Kultur sind sie ausgeschlossen. Suppenküchen und Kleiderstuben haben Hochkonjunktur. In den Innenstädten wühlen Bedürftige in Mülleimern, sammeln Flaschen und Dosen. Und die Opfer werden noch verhöhnt. Selbst führende Sozialdemokraten beteiligen sich an Debatten über Sozialschmarotzertum, erhöhtes Anspruchsdenken und Vollkaskomentalität. Zynisch wird gefordert: wer nicht arbeitet soll auch nicht essen.

Die Sozialpartnerschaft bundesrepublikanischer Prägung ist von den Managern der meisten Großkonzerne aufgekündigt worden. Ludwig Erhardts einstige Devise „Wohlstand für alle“ hat ausgedient. Heute würde er von den Neoliberalen, wegen dieser Aussage vermutlich als „Herz-Jesus-Marxist“ verspottet. Ganze Belegschaften sind gnadenloser Erpressung ausgeliefert, es wird offen gedroht Produktionsstätten zu schließen, oder zu verlagern. Die Stimmungslage der Beschäftigten schwankt zwischen Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, ohnmächtiger Wut auf die Herrschenden und Resignation. Durch Ergänzungsstarifverträge, oder entsprechende Betriebsvereinbarungen, werden ausschließlich den Arbeitnehmern Opfer abverlangt.

Was bleibt, ist die vage Hoffnung den Arbeitsplatz nicht zu verlieren. Spätestens die Ereignisse bei Ben-Q haben gezeigt, das Lohnverzicht trotz permanenter propagandistischer Stimmungsmache in den Medien, keinen einzigen Arbeitsplatz sichert. Wenn die neoliberale Formel: die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen stimmen würde, müssten die Personalabteilungen der meisten Dax-gelisteten Unternehmen Doppelschichten fahren, um Einstellungen vorzunehmen. Das Gegenteil ist der Fall. Trotz Rekordgewinnen werden massiv Stellen abgebaut, wie die aktuellen Ereignisse bei Siemens, Telekom, Opel, Airbus usw. zeigen. Es reicht nicht mehr aus, auf Demonstrationen, Schilder und Transparente spazieren zu tragen, oder Unterschriften gegen geplanten Sozialabbau zu sammeln. Davon sind weder die Hardliner der Arbeitgeberverbände, noch ihre regierenden Handlanger beeindruckt. Das haben die jüngsten Ereignisse eindrucksvoll bewiesen. Obwohl eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung die Rente mit 67 und die letzte Gesundheitsreform ablehnt, wurden beide Vorhaben, bei nur wenigen Gegenstimmen aus den eigenen Reihen, von der großen Koalition verabschiedet. Wenn ich bedenke, das ca. 80% der SPD-Abgeordneten, unter ihnen auch einige hauptberufliche Gewerkschaftsfunktionäre, ein Gewerkschaftsbuch besitzen, ist das für mich nicht nachvollziehbar. Mit ihrem Abstimmungsverhalten stehen sie in offenem Widerspruch zur Programmatik des DGB und der Einzelgewerkschaften. Es kann nicht hingenommen werden, dass sich Gewerkschaftsmitglieder und Funktionäre als Abrissbirne des Sozialstaats betätigen. Abgeordnete, die der Politik des Sozialabbaus

zugestimmt haben, dürfen nicht wiedergewählt werden. Es können nicht 2 Herzen in einer Brust schlagen, man kann keinen 2 Herren dienen. Wenn sie ihr lukratives Bundestagsmandat, das sie nicht den Arbeitgeberverbänden sondern den kleinen Leuten zu verdanken haben, über die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung stellen, sollten sie ihr Gewerkschaftsbuch abgeben, bzw. von ihrer Gewerkschaftsfunktion zurücktreten. Mit ihrem Verhalten schädigen sie das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften.

Wir müssen raus aus der Defensive, vorhandene Ängste und Befürchtungen überwinden, zu altem Selbstbewusstsein und alter Stärke zurückfinden. „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“. Dieses stolze Motto aus den Anfängen der Arbeiterbewegung habe ich schon ewig lange nicht mehr vernommen. Fahren wir doch mal nach Berlin, aber nicht zum Pokalendspiel. Rein in die Bannmeile, den Reichstag belagern, Strom und Wasser abstellen, bis mit weißem Rauch signalisiert wird, dass man von gewissen Reformvorhaben Abstand nimmt.. Wenn das soziale Fundament der Republik rücksichtslos zerstört wird und Schäuble den Marsch in den totalen Überwachungsstaat vorbereitet, muss notfalls mit Generalstreik Widerstand geleistet werden. Wir könnten uns aus meiner Sicht ausdrücklich auf das (Widerstandsrecht nach Artikel 20 Grundgesetz berufen. An die Adresse der Gewerkschaftsführungen kann ich nur appellieren: Mitglieder aufrütteln statt beschwichtigen. Und keine falsche Rücksichtnahme auf vermeintliche Verbündete, wie die ehemalige rot-grüne Regierung. Ich wage die Prognose, das die Regierung Kohl es nicht gewagt hätte die Hartz-Reformen umzusetzen. Durch ihre neoliberale Politik hat die SPD die historische Verbundenheit mit den Gewerkschaften aufgekündigt. Starke, kämpferische Gewerkschaften sind noch immer das Beste, was die Schwachen haben. Deshalb eintreten und mitmachen, überlassen wir die Gewerkschaften nicht den Reformern und Modernisierern.

Die anstehenden Probleme können nicht mehr auf nationalstaatlicher Ebene gelöst werden. Wir müssen jenseits von Tarifpolitik und den betrieblichen Alltagsaufgaben globale Themen in den Focus rücken. Es geht längst ums Ganze. Das Überleben der Menschheit ist akut gefährdet, die Zukunft nachwachsender Generationen wird verspielt. Rücksichtslos wird Raubbau an der Natur betrieben, werden Ressourcen geplündert und imperialistische Kriege um immer knapper werdende Rohstoffe geführt. Eine kleine Minderheit eignet sich den Hauptteil des Reichtums an, der weltweit produziert wird. Die 2000 reichsten Menschen haben genauso viel Einkommen, wie die 2 Milliarden ärmsten Menschen. Vor diesem Hintergrund ist die Forderung nach Verteilungsgerechtigkeit kein Sozialneid, sondern ein für die Menschheit überlebensnotwendiges Muss ! Die Auswirkungen der Klimakatastrophe werden immer dramatischer sichtbar. Besonders tragisch, das die Ärmsten der Armen am härtesten unter den Folgen leiden, obwohl sie am wenigsten zu den Ursachen beigetragen haben. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis die ersten Kriege um trinkbares Wasser geführt werden. Und den Herren der Welt muss klargemacht werden, wir haben keine Reserveerde im Keller liegen, die man bei Bedarf auspacken kann. Der globalisierte Raubtierkapitalismus wird die Probleme der Menschheit nicht lösen, sondern verschärfen. Deshalb müssen wir über Landesgrenzen hinaus auf allen gewerkschaftlichen Ebenen zusammenarbeiten. Im Bündnis mit Kirchen, Sozialverbänden, Umweltorganisationen und Friedensinitiativen müssen wir zu Protest, Widerstand und ggf. grenzübergreifenden Streikaktionen zusammenfinden. Wir stehen am Anfang harter Auseinandersetzungen. Aber der

Widerstand wächst. Deshalb auf nach Heiligendamm. Die dortige Teilnahme an den Protesten gegen den G8-Gipfel sollte für Gewerkschaftsmitglieder, aber auch für die Gewerkschaftsführungen selbstverständlich sein.

**Für soziale Gerechtigkeit, für Frieden und Toleranz,
für ein selbst bestimmtes Leben in Freiheit und Würde.**

Hier und überall auf der Welt !

Der Sozialismus bleibt das Ziel !!!